

Bürgerbeauftragter vertieft Untersuchung über Integration von Menschen mit Behinderungen in der Kommission

Pressemitteilung Nr. 17/2005 - 19/12/2005

Der Europäische Bürgerbeauftragte, **P. Nikiforos Diamandouros**, hat zusätzliche Informationen über die Integration von Menschen mit Behinderungen in der Europäischen Kommission angefordert. Vorausgegangen waren umfangreiche Beiträge von Vertretern der Öffentlichkeit, Nicht-Regierungs-Organisationen und nationalen Bürgerbeauftragten zu der entsprechenden Untersuchung des Bürgerbeauftragten aus eigener Initiative. Die Kommission soll einen Bericht über ihre Maßnahmen in den Bereichen Beschäftigung, Gebäude-Zugang und Informationspolitik bis zum 31. Januar 2006 vorlegen.

Hintergrund

Menschen mit Behinderungen machen einen bedeutenden Anteil der EU-Bevölkerung aus. Sie stehen einer ganzen Reihe von Hürden gegenüber, was das Erreichen von Chancengleichheit, Unabhängigkeit und voller wirtschaftlicher und sozialer Integration betrifft. Im November 2003 hat der Europäische Bürgerbeauftragte eine Untersuchung der Kommissions-Maßnahmen aus eigener Initiative eingeleitet, um sicher zu stellen, dass Menschen mit Behinderungen im Umgang mit den europäischen Einrichtungen nicht diskriminiert werden.

Die Kommission betonte in ihrer Antwort auf die Anfrage, dass sie der Förderung der Chancen-Gleichheit für Menschen mit Behinderungen einen hohen Stellenwert beimesse. Sie zählte eine Reihe ihrer jüngsten Initiativen auf, darunter die Überarbeitung des Verhaltenskodex für die Einstellung von Menschen mit Behinderungen.

Der Bürgerbeauftragte rief daraufhin die Öffentlichkeit auf, Kommentare abzugeben, und erhielt insgesamt 56 Beiträge. Die darin enthaltenen Anliegen wurden nun in Zusatz-Fragen an die Kommission aufgegriffen.

Einige Beispiele: Wie zugänglich sind Einstellungs-Verfahren für Kandidaten mit Behinderungen? Was wurde getan, um die Gebäude der Kommission zugänglicher zu machen? Wie bekommen Menschen mit Behinderungen den bestmöglichen Zugang zu Informationen, Websites und EU-Dokumenten? Wie unterweist die Kommission ihre Angestellten im Umgang mit Menschen mit Behinderungen?



Die Zusammenfassung der letzten Anfrage des Bürgerbeauftragten an die Kommission und andere relevante Dokumente zu der Untersuchung finden Sie unter:

<http://www.ombudsman.europa.eu/cases/correspondence.faces/de/3540/html.bookmark> [Link]

Für Anfragen zur Untersuchung: José Martínez Aragón, Hauptrechtsberater, Tel. +33 3 88 17 24 01